

**Beschluss
der Stadtverordnetenversammlung**

12. Dezember 2022
1 von 1

Einrichtung einer Beratungsstelle für Impfgeschädigte

Antrag der AfD-Fraktion

- 101.19.631 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt, eine Beratungsstelle möglichst innerhalb des Gesundheitsamtes einzurichten, an welche sich Bürger bei Vorliegen von Impfnebenwirkungen und Impffolgeschäden nach Covid-Impfung wenden können. Diese Stelle soll Impfgeschädigten bei der Suche nach Ärzten und Behandlungsmöglichkeiten passender Fachrichtungen unterstützen. Ebenso soll diese Stelle Betreuungs- und Entschädigungsmöglichkeiten für Impfgeschädigte aufzeigen, Zuständigkeiten benennen und ggf. entsprechende Formulare vorhalten.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: AfD

Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU, DIE LINKE, FDP,
Stadtverordnete Klobuczynski, Gleuel, Dr. Hoppe und Düsterdieck

Enthaltung: --

abwesend: Stadtverordnete Rieger
den

Beschluss

Der Antrag der AfD-Fraktion betr. Einrichtung einer Beratungsstelle für Impfgeschädigte, 101.19.631, wird **abgelehnt**.

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
Stadtverordnetenvorsteherin

Annika Kuhlmann
Schriftführerin